BSW-Solar

Bündnis fordert Fortsetzung der Photovoltaik-Förderungen

[28.01.2026] Ein breites Bündnis aus Wirtschafts- und Zivilgesellschaftsverbänden warnt vor geplanten Kürzungen bei der Förderung von Photovoltaik auf Gebäuden. Nach Ansicht der Unterzeichner würde ein Abbau der Förderung den Solarausbau bremsen, Strompreise verteuern und die Klimaziele gefährden.

Die Förderung von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden steht im Zentrum eines Verbändeappells an die Bundespolitik. Wie der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) berichtet, fordert ein breites Bündnis aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die Errichtung von Solaranlagen auf Wohn- und Gewerbegebäuden weiterhin gezielt zu unterstützen und die bestehenden Ausbauziele für erneuerbare Energien beizubehalten. Anlass sind angekündigte Einschnitte in der Förderung neuer Solardächer, die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) Mitte September in Aussicht gestellt hatte.

Den Unterzeichnern zufolge leistet die gebäudeintegrierte Photovoltaik einen zentralen Beitrag zur Energiewende. Sie wirke preisdämpfend an der Strombörse, ermögliche Unternehmen und privaten Haushalten dauerhaft günstigere Stromkosten und eröffne Millionen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich an der Energiewende zu beteiligen. Zudem verweise das Bündnis auf hohe Akzeptanzwerte in der Bevölkerung. Statt Förderkürzungen plädieren die Verbände für eine gezielte Nachjustierung des Förderrahmens sowie für Rahmenbedingungen, die einen systemdienlichen Ausbau der Solarenergie ermöglichen.

Warnung vor Markteinbrüchen

Nach Angaben der Initiatoren vertreten die Erstunterzeichner und ihre Mitgliedsorganisationen zusammen mehr als 20 Millionen Einzelmitglieder und über 50.000 Unternehmen. Zu den beteiligten Akteuren zählen unter anderem Verbände aus dem Mittelstand, der Wohnungswirtschaft, dem Verbraucherschutz, der Elektro- und Digitalindustrie, dem Handwerk, der Energiedienstleistungsbranche, der Bürgerenergie sowie der Speicher- und Erneuerbaren-Branche.

Der BSW-Solar warnt vor deutlichen Markteinbrüchen bei einem Wegfall attraktiver Förderbedingungen. Eine repräsentative YouGov-Befragung unter privaten Immobilienbesitzerinnen und -besitzern im Auftrag des Verbands zeigt, dass sich der Photovoltaik-Zubau im Heimsegment in diesem Fall mehr als halbieren könnte. Demnach würden nur noch rund zwölf Prozent der Interessierten mit geeignetem Dach eine Solaranlage installieren wollen. Bei Mehrfamilienhäusern erwarten die Verbände eine Stagnation auf niedrigem Niveau. Dies würde nach ihrer Einschätzung sowohl die Erreichung der Klimaziele gefährden als auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verlängern.

Marktdaten untermauern Einschätzung

Zusätzliche Marktdaten untermauern diese Einschätzung. Aus Analysen des BSW-Solar auf Basis von Zahlen der Bundesnetzagentur geht hervor, dass die private Nachfrage nach Solardächern im

vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bereits um rund 25 Prozent zurückgegangen ist. In dieser Situation wäre eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen „zwangsläufig Gift“, erklärte Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig laut Mitteilung des Verbands.

Auch die öffentliche Meinung spricht den Initiatoren zufolge für einen ambitionierten Solarausbau. In einer weiteren repräsentativen YouGov-Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung gaben rund acht von zehn Befragten an, dass die Bundesregierung den Ausbau der Solarenergie beschleunigen oder zumindest auf dem aktuellen Niveau fortführen sollte. Dabei zeigten sich laut BSW-Solar kaum Unterschiede zwischen Anhängern der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD.

Mit dem Appell wollen die beteiligten Verbände nach eigenen Angaben erreichen, dass Photovoltaik auf Gebäuden auch künftig als tragende Säule der Energiewende behandelt wird und politische Entscheidungen die Investitionssicherheit für private Haushalte, Unternehmen und Wohnungswirtschaft erhalten.

(th)

Stichwörter: Photovoltaik | Solarthermie, Politik, Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar)